

Der Bund

10.05.2007

Ein Verein für die Waldstadt

Mehrere Firmen und zwei bekannte Politikerinnen unterstützen das Projekt einer **Siedlung im Bremgartenwald**

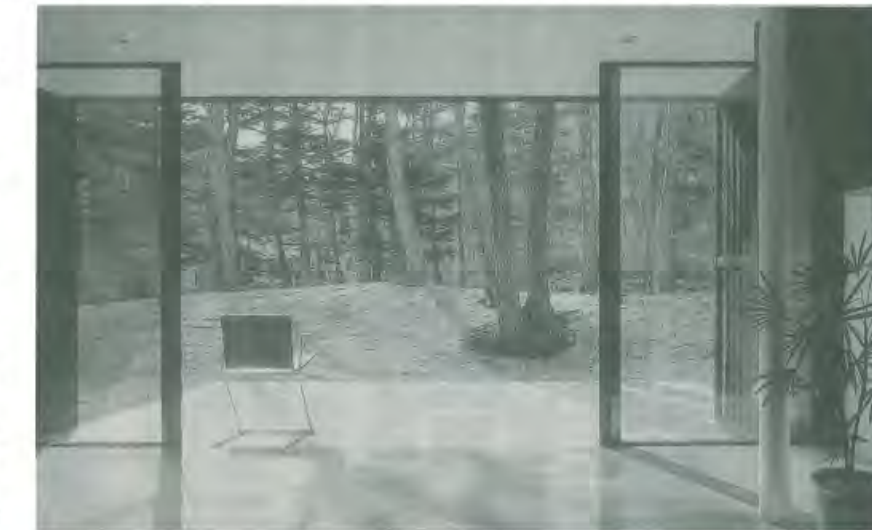
Ein Förderverein unterstützt die Bemühungen der Promotoren der Waldstadt Bremer. Das Projekt sieht vor, im Bremgartenwald neuen Wohnraum für 10 000 Personen zu schaffen. Das revidierte Waldgesetz und das Stadtberner Stimmvolk werden über das Schicksal der Siedlung entscheiden.

RUEDI KUNZ

Das vor zwei Jahren lancierte Projekt Waldstadt Bremer ist gleichermassen kühn wie umstritten. Zuhilfenahme in der Länggasse, zwischen der Bremgartenstrasse und der Autobahn A 1, soll bis 2015 Wohnraum für rund 10 000 Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen werden. Hierzu müssen Teile des Bremgartenwaldes – die Rede ist von einer Fläche, die 40 Fussballfeldern entspricht – gerodet werden. Das ist nach Meinung der Initianten des Projekts, der Berner Gruppe Bauart Architekten, kein Unglück, weil es sich um ein bereits «entwertetes Waldstück» handelt. Die Bauart Architekten wollen aber nicht nur Bäume fällen lassen, sondern auch die Autobahnsschneise zum Verschwinden bringen. Damit die Siedlung zu einer attraktiven städtischen Adresse werde, müsse die Autobahn zwischen den Zufahrten Forsthaus und Neufeld zumindest teilweise überdeckt werden, sagte Peter C. Jakob von Bauart Architekten.

Jakob trat gestern vor die Presse, um Neuigkeiten zum Projekt Waldstadt Bremer zu verkünden. Diese betrafen den Förderverein und die Projektpartner. Im Verein organisiert sind neben Einzelpersonen sechs Projektpartner, welche die Planungsarbeiten finanziell unterstützen. Namentlich handelt sich dabei um die Mobiliar, die Valiant Bank, die Postauto Schweiz AG, Region Bern, Domicil Altersresidenzen, die Firma Richner Bäder und Plättli aus Aarau sowie die Eternit AG aus Niederurnen.

Die Projektpartner haben zugesichert, in den Jahren 2007 bis 2009



Der Traum der Bauart Architekten aus Bern ist ein neues Quartier für 10 000 Bewohner im Bremgartenwald.

PROJEKTBEILDZUS

je 60 000 Franken für die weiteren Planungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. «Wir unterstützen die Waldstadt, weil es sich um ein innovatives Projekt handelt, bei dem der öffentliche Verkehr eine zentrale Rolle spielt», sagte Carlo Degelo, Betriebsleiter Postauto Schweiz AG, Region Bern.

Ursula Wyss präsidiert Verein

An der Spitze des gestern gegründeten Fördervereins steht die Berner SP-Nationalrätin und Fraktionschefin Ursula Wyss. Es sei «ein echter Glücksfall» für die Promotoren, dass sich eine eigenständige und einflussreiche Politikerin aus dem links-grünen Lager für die Sache der Waldstadt Bremer engagiere, erklärte Jakob. «Gerade in diesen Kreisen stösst das Wohnbauprojekt wegen der geplanten Waldrodung sozusagen reflexartig auf Widerstand.»

Wyss bestätigte diese Einschätzung: Als sie einem Parteikollegen von ihrem Engagement für die

Waldstadt erzählt habe, sei dessen erste Frage gewesen: «Wie viele Bäume müssen gerodet werden für die Siedlung?» Die Frage sei beantwortet und werde ihr wohl noch oft gestellt. Ihre Meinung zur Waldstadt werde sich deswegen nicht ändern, sagte Wyss. «Sie könnte ein Anschauungsbeispiel werden, wie man ein minderwertiges Stück Wald sinnvoll für ökologisch hochwertigen Wohnungsbau nutzt.»

Nebst Ursula Wyss sitzt eine zweite links-grüne Politikerin im Vorstand der Fördervereins: die ehemalige Grossrätin Sabine Gresch vom Grünen Bündnis. Sie halte das Projekt für «absolut förderungswürdig und prüfenswert», weil es punkto Umwelt, Verkehr, Stadt- und Umgebungsentwicklung neue Massstäbe setzen könnte, sagte Gresch. Sie ist Geschäftsleitungsmittglied des Berner Planungs- und Beratungsbüros Naturaqu. Gresch weiss, dass sich im Grünen Bündnis die Begeisterung über die Waldstadt Bremer in

Grenzen hält. «Es gibt Mitglieder, die sind strikt gegen eine Überbauung im Bremgartenwald; andere sind offener.» Es gelte nun, grundsätzlich über die Vorteile einer solchen Siedlung für Verkehr und Umwelt zu diskutieren.

Die Hürde Volksabstimmung

Die Waldstadt Bremer wird nicht nur in links-grünen Kreisen zu vielen kritischen Fragen führen, sondern dürfte auch bei regelmässigen Benutzern des Bremgartenwaldes auf wenig Gegenliebe stossen. Dessen sind sich die Promotoren durchaus bewusst. In Bern löse jede neue Wohnsiedlung Opposition aus, sagte Jakob. Er erinnerte an die geplante Wohnüberbauung im Viererfeld, die vom Stadtberner Souverän vor zwei Jahren bachab geschickt wurde. Der Wohnstadt Bremer, für die wegen der Zonenplanänderung eine Volksabstimmung zwingend ist, müsse nicht zwingend das gleiche Schicksal blühen, ist Jakob überzeugt: «Mit

der Wohnstadt könnte der Druck auf die wenigen grünen Wiesen in der Stadt gemindert werden, da sie so gross ist wie die untere Altstadt.»

Die Hürde neues Waldgesetz

Bevor sich allenfalls Berns Souverän zur Waldstadt Bremer äussern kann, ist das nationale Parlament an der Reihe. Es befindet sich nächstes Jahr über das revidierte Waldgesetz, mit dem der Bundesrat der Waldschutz-Initiative des Naturschützers Franz Weber entgegentritt. Im neuen Gesetz wird unter anderem festgeschrieben sein, in welchen Fällen Rodungen möglich sind. Das heute gültige Gesetz lässt nur in Ausnahmefällen Rodungsaktionen zu. In Bern zum Beispiel dürfen für den Bau der neuen Kehrtrichtverbrennung und der Feuerwehrrakete entlang der Murtenstrasse etliche Bäume gefällt werden. Grund: Für die beiden Gebäude liess sich nirgendwo sonst auf Stadtboden ein geeignetes Grundstück finden.

ZUR SACHE:

Ursula Wyss



ist SP-Fraktionschefin und Nationalrätin. Sie wohnt in Bern.

«Derzeit herrscht offene Skepsis»

«BUND»: Frau Wyss, wie gut kennen Sie den Bremgartenwald?
URSULA WYSS: Recht gut. Ich wohne zwar nicht im Länggassquartier, doch ich habe das Gymnasium Neufeld besucht. Da sind wir jeweils im Turnunterricht in den Bremgartenwald gegangen.

Was hat Sie dazu bewogen, das Präsidium des Fördervereins Waldstadt Bremer anzunehmen?
Ich finde das Projekt einer Waldstadt aus städtebaulicher und ökologischer Sicht extrem spannend. Wir haben die Chance, aus einem lärmigen, schlecht genutzten Waldstück eine hochwertige Wohnzone zu machen. Eine Siedlung, die sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist und sich vorzüglich für Familien eignet.

Das geltende Waldgesetz lässt Waldrodungen nur im Ausnahmefall zu. Und auch das revidierte Waldgesetz, welches 2008 in die Räte kommt, sieht keinen Freipass für Rodungen vor.

Ziel der laufenden Vernehmlassung ist es, den Begriff Wald weniger rigide zu definieren als im heutigen Gesetz. Mir ist aber sehr wohl bewusst, dass Waldrodungen ein sehr heikles Thema sind. Sobald von Bäumefällen die Rede ist, werden die Leute hellhörig. Gerade in ökologisch sensibilisierten Kreisen gibt es viele Vorbehalte. Diese versuchen wir nun abzubauen.

Wie wollen Sie das bewerkstelligen?

Indem wir Grundsatzdiskussionen führen. Zum Beispiel zur Frage, ob es nicht Sinn macht, das eine oder andere Waldstück von minderer Qualität für eine Siedlung zu opfern statt weiter peripher gelegene Wiesen zu überbauen.

Wie wird das Projekt bei der SP beurteilt?

Derzeit herrscht offene Skepsis.

Interview: Ruedi Kunz